

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.4. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6432.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Stellungs-Anzeigen die 3 gespaltene Kolonnen-Zeile 60. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verlag von A. Vreh. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Münzstraße 5, 3. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

### Der Parteitag in Magdeburg.

In der Woche vom 18. bis 24. September fand der diesjährige Parteitag der Sozialdemokratischen Partei in Magdeburg statt. Noch vor einigen Monaten schien es, als ob er einer von denen werden würde, die ruhiger, sachlicher Arbeit gewidmet sind, im eigenen Lager keinen hitzigen Meinungsstreit entfachen und von der bürgerlichen Presse eben deshalb als langweilig verschrien werden. Doch plötzlich änderte sich die Situation. Die badische sozialdemokratische Landtagsfraktion hatte der Regierung das Budget bewilligt, obwohl vor zwei Jahren der Parteitag in Nürnberg — und vor ihm schon der in Sibbeß — durch eine Resolution die Ablehnung des Budgets forderten und die Annahme nur in einem ganz bestimmten, in Baden nicht gegebenen Falle zuläßt. Ob die Annahme des Budgets an sich berechtigt war oder nicht, entzieht sich unsrer Beurteilung. Zu einem sachlichen Entscheid fehlt uns die dafür unbedingt nötige Kenntnis der speziellen badischen Verhältnisse und zum Entscheid auf Grund eines „ökonomisch-historisch“ oder sonstwie benamsetzten allgemeinen Schemas die nötige — Wichtigkeit des Urteils. Jedenfalls haben die badischen Parteimitglieder sich mit großer Mehrheit mit dem Verhalten ihrer Abgeordneten einverstanden erklärt.

Zweifelsfrei erscheint uns aber, daß die badischen Landtags-Abgeordneten gegen den Beschluß eines Parteitags verstoßen, also einen, um das vielgebrauchte Wort zu wiederholen, Disziplinbruch begangen haben. Die Disziplin ist aber einer demokratischen und demokratisch geleiteten Organisation höchstes Gesetz. Nur eines steht noch höher: die Organisation selbst. Die demokratische Disziplin ist nicht Zweck, sondern Mittel. Sie ist kein „Ding an sich“, sie darf nicht „losgerißt von Raum und Zeit“ betrachtet werden, sondern nur in Verbindung mit ihren Ursachen und vor allem mit ihren Folgen. Disziplin um der Disziplin willen ist Kadavergehorsam, ist militärische Disziplin und kann nur durch brutalen Zwang erreicht werden, Disziplin zur leichteren und schnelleren Erreichung eines gesteckten Zieles ist Selbstgesetz der Demokratie und beruht auf der freien Uebereinkunft gleichberechtigter Menschen. Die Verletzung der militärischen Disziplin wird bestraft, ganz gleich, woraus sie entspringen ist und wohin sie geführt hat. Der General, der einem Soldaten, der durch Nichtachtung eines Befehls eine schon halb verlorene Schlacht gewonnen, das eiserne Kreuz anhängte und ihn dann erschießen ließ, wird als ein Muster von Disziplin gepriesen. Die Verletzung der demokratischen Disziplin kann und darf nicht so summarisch behandelt werden. Eine demokratische Organisation hat nach Ursachen und Folgen zu fragen, sie hat auch ihre eigenen Beschlüsse, gegen die sich der Verstoß richtet, zu prüfen und erst dann ihr Urteil abzumessen. Das ist keine Forderung, sondern Festigung der Disziplin. Nur so lernt jeder erkennen, daß nicht das „Gesetz“, sondern das Interesse der Gesamtheit geschützt werden soll.

Mit dieser Auffassung wird auch in keiner Weise eine Verletzung der Disziplin leicht genommen. Im Gegenteil! Gerade wir als Gewerkschaftler fordern mit allem Nachdruck Unterordnung unter gefasste Beschlüsse. Es soll nur darauf hingewiesen werden, daß eine demokratische Organisation kein disziplinarisches Strafgesetz brauchen kann, daß sie nicht Urteile für die Zukunft fällen darf, sondern jeden einzelnen Fall abwägen und beurteilen muß. Es sind Situationen denkbar, und sie sind nicht nur denkbar, sondern schon dagewesen, wo die Nichtbeachtung eines gefassten Beschlusses ein Gebot der Notwendigkeit ist. (Hier eine Reminiscenz: Im Jahre 1891, auf dem Erfurter Parteitage, bei der Debatte über die Vollmarische „Verjüngung“ erklärte ein Delegierter: „Wenn sich ein Parteitag fände, der eine solche Taktik gut hieße: sobald die Delegierten heimkehrten, hätten sie auch die Rebellion im Hause, und ich wäre der erste, der sich an die Spitze einer solchen Rebellion stellte.“ Der Delegierte, der so energisch eine event. Rebellion — und Rebellion ist gewiß nicht weniger, sondern mehr Widerstand als Nichtbeachtung — gegen Parteitagbeschlüsse ankündigte, hieß — Bebel.) Deshalb geht es auch nicht an, im voraus Urteile zu fällen, wenn nicht die Gefahr heraufbeschworen werden soll, daß zwar die Raß gereitet wird, aber der Mann zugrunde geht.

Nach diesen Grundsätzen haben auch die Organisationen der Arbeiter, die politischen sowohl als auch die gewerkschaftlichen, bisher immer gehandelt. Nun hat aber fast niemand den badischen Abgeordneten bestritten, daß sie mit ihrer Abstimmung der Partei nützen wollten und es ist, wenn auch bestritten, so doch nicht widerlegt, daß sie mindestens der badischen Partei faktisch genützt haben. Unter diesen Umständen war die Erwartung berechtigt, daß der Parteitag die badische Angelegenheit sachlich und ruhig beurteilen und, wenn überhaupt, so doch milde verurteilen würde. Diese Erwartung ist allerdings nur halb erfüllt worden.

Der Parteivorstand hatte eine Resolution vorgelegt, die die Zustimmung der Badener zum Budget scharf mißbilligt. Bebel begründete dieselbe. Damit war die Annahme gesichert. Denn bei Bebel verjähmt keine Person mit der

Sache, die er vertritt. Seine Autorität erseht und wiegt viele Gründe auf. Daß auch seine Ausführungen inhaltlich wie formal auf der Höhe standen, versteht sich bei Bebel am Rande. Dabei können wir allerdings nicht umhin, zu bekennen, daß wir einige seiner Äußerungen sehr gern entbehrt oder doch in anderer Form gehört hätten. Im großen und ganzen aber waren seine Ausführungen der Situation vorzüglich angemessen und ließen auch die unter Parteigenossen notwendige Sachlichkeit und parteigenössliche Freundschaft erkennen. Auch die Debatte war sachlich und ruhig und endete mit der Annahme der vorgelegten Resolution. Damit hätte die Angelegenheit erledigt sein können. Die Mehrheit ließ sich jedoch darum nicht genügen, sondern nahm noch einen Zusatz an, der besagt, daß für die Zukunft die Zustimmung zum Budget ohne weiteres den Ausschluß zur Folge hat. Wie wir diesen Beschluß bewerten, geht aus den einleitenden Bemerkungen hervor.

Der übrige Teil der Tagesordnung des Parteitags wurde durch die Budgetdebatte beeinflusst; der vorher verhandelte Teil durch die Erwartung, der nachher behandelte durch die Abspannung. Der Bericht des Parteivorstandes, der von erfreulichen Fortschritten der Partei im letzten Jahre Zeugnis ablegt — die Zahl der Parteimitglieder ist von 633 000 auf 720 000 und die Zahl der Abonnenten der Parteipresse um 118 518 gestiegen —, wurde nach sehr kurzer Debatte erledigt. Der Punkt Maiser wurde überhaupt nicht debattiert. Nach dem Referat des Parteisekretärs Müller wurde ein Antrag angenommen, der den Parteivorstand mit intensiverer Propagierung der Maiser beauftragt und ihn auffordert, während des Monats April ein Flugblatt herauszugeben, das die Bedeutung der Maiser für das Proletariat darlegt. Natürlich wird der Maiser mit dieser Gelegenheits- oder auch Vertegenheitsanträgen nicht aufgehoben.

Der parlamentarische Bericht führte zu einer Debatte über den preussischen Wahlrechtskampf. Grund dazu war eine von Rosa Luxemburg eingebrachte Resolution, die den Parteitag aufforderte, zu erklären, daß „im Hinblick auf die Wiederaufnahme der Wahlrechtskampagne die Erörterung und Propagierung der Massenstreiks in der Parteipresse und in Versammlungen in die Wege zu leiten sei“. Gegen die Einbringung der Resolution erhoben die anwesenden Gewerkschaftsführer — wenigstens die Mehrheit derselben — schriftlich Protest. Sie begründeten ihren Protest damit, daß der Massenstreik zu seiner wirksamen Durchführung der Beteiligung aller Organisationen, insbesondere der Gewerkschaften bedürfe und daß deshalb eine einseitige Regelung nur zu Unbilligkeiten zwischen Partei und Gewerkschaften führen würde. Der Protest half dann auch so viel, daß der beanstandete Teil der Resolution gestrichen wurde und nur ein Rest nichtsjagender Phrasen übrig blieb. Sehr eindrucksvoll waren die von den Vertretern der nichtpreussischen Staaten abgegebenen Erklärungen, daß sie den preussischen Wahlrechtskampf mit allen Mitteln und Kräften unterstützen würden.

Ueber das Genossenschaftswesen referierte Fleißner. Nach kurzer Debatte fand eine vom Vorstand und der Kontrollkommission vorgelegte Resolution Annahme, die erklärte, daß das Eintreten für die Konsumvereine den Klasseninteressen des Proletariats entspricht, denn die genossenschaftliche Tätigkeit sei eine wirksame Ergänzung des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes für die Hebung der Lage der Arbeiterklasse. Der Parteitag fordert die Genossinnen und Genossen dringend auf, die im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleiteten Konsumvereine zu unterstützen.

Ein Referat Wolkenbuhes über die Reichsverseicherungsunordnung wurde debattelos entgegengenommen. Von den allgemeinen Anträgen wurden zwei angenommen, die den Beschluß des Leipziger Parteitags in Erinnerung bringen, wonach die organisierten Arbeiter aufgefordert werden, den Schnapsgenuß zu unterlassen. Auch sollen die Parteiblätter sowie die Parteiorganisationen mehr als bisher auf die Schädlichkeit und Gefahr des Alkoholgenußes für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse hinweisen. Mit einem sehr inhaltsreichen, die Stellung der Sozialdemokratie bei den nächsten Reichstagswahlen kurz skizzierenden Schlußwort des Vorsitzenden Diez endete der Parteitag.

Ueber den Verlauf und die Arbeiten dieses Parteitags ein Gesamturteil zu fällen, ist schwer. Gewiß ist, daß er die gegnerische Presse, die Skandal, vielleicht sogar Spaltung erhoffte, bitter enttäuscht hat. Aber die Enttäuschung ist nicht nur bei den Gegnern. Die Rückblicke der Parteipresse zeigen deutlich, daß kaum irgendwo reine Freude über Magdeburg herrscht. Höchstens in Leipzig, wo ein journalistischer Fallstaff verzückt vom „Jermalmen“ der „revisionistischen Gedankenwelt“ fabuliert. Daß eine „Gedankenwelt“ so im Handumdrehen „jermalmi“ werden kann, ist zwar nicht „ökonomisch-historisch“, sondern nur kindlich-naiv gedacht, aber das tut nichts. Man muß die Phrasen nehmen, wie sie kommen. Wer sich einbildet oder andern einreden will, durch die Debatten und Beschlüsse in Magdeburg würde die unter dem Namen „Revisionismus“ zusammengefaßte

Strömung innerhalb der Partei beseitigt werden, bekundet damit nur seine Unfähigkeit, die Quellen dieser Strömung zu erkennen. Sehr richtig schreibt der „Vorwärts“: „Die großen Auseinandersetzungen über die neue revisionistische oder die alte radikale Taktik waren in der Vergangenheit ebenso notwendig wie sie auch in Zukunft un- ...“ Und es ist vielleicht nicht ganz ohne Interesse, hier einmal kurz zurückzugreifen auf das Flugblatt der sog. „Jungen“, das im Jahre 1891 zum Ausschluß derselben führte. Darin hieß es, daß „der revolutionäre Geist seitens einiger Führer systematisch ertötet“ würde, daß „die ganze Bewegung verflacht und zur reinen Reformpartei Kleinbürgerlichen Richtung herabgesunken“ sei, daß alles geschehe, um „einen Ausgleich zwischen Proletarier und Bourgeois herbeizuführen“ und daß „Majoritätsbeschlüsse fast immer mit Rücksicht auf andre Parteien und Gesellschaftsklassen gefaßt“ würden und so den Boden zur Schwankung nach rechts ebnet“ usw. Also fast genau dieselben Vorwürfe, die heute gegen die „Revisionisten“ erhoben werden. Auch in der Begründung der Vorwürfe findet man viel Verwandtes. Den „Jungen“ sagte Liebknecht damals, daß der revolutionäre Charakter der Partei nicht in ihren Mitteln, sondern in ihren Zielen liege — unter den „Radikalen“ von heute gibt es nicht wenige, die das Revolutionäre weder in den Zielen, noch in den Mitteln, sondern in den Worten suchen.

Wie wenig die herrschenden Klassen an die Umwandlung der Sozialdemokratie in eine „Kleinbürgerliche Reformpartei“ glauben, bewies mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit ein Zirkular des Generals v. Bissing über die Aufgaben des Heeres bei einem Aufstande, das einem Parteitagsdelegierten in die Hände gefallen war und von diesem in Magdeburg verlesen wurde. Es heißt darin:

Die ersten Maßregeln, die gleichzeitig mit der Bekanntmachung des Belagerungszustandes getroffen werden müssen, sind die Unterdrückung aller aufständischer Tendenzen, Verfolgung der Wälder und die Verhaftung der Redakteure, sowie überhaupt aller als Führer und Agitatoren bekannten Personen, ohne Rücksicht auf die Immunität der Abgeordneten.

Alle Versammlungen werden verboten, und gerade beim Beginn aufständischer Bewegungen müssen alle Versuche zur Widergesichtigkeit im Keime erstickt werden. Nichts ist gefährlicher wie zögernde Maßnahmen. Abwarten bringt auch den Geist der besten Truppen ins Wanken, während Angriff und Kampf ihre Gesinnung befestigt.

Für den Fall von Unständen der Eisenbahnarbeiter sind besondere Vorkehrungen ja schon getroffen.

Für die Verwendung von Truppen selbst ergeben sich folgende Lehren: Infanterie ist im Straßenkampf, wenn möglich, mit Artillerie zusammen zu verwenden. Ein frontaler Sturm gegen Barrikaden ohne nachdrückliche Vorbereitung durch Artillerie fordert starke Verluste, ja, er mißlingt oft ganz.

Unter keinen Umständen dürfen höhere oder niedere Befehlshaber auf Unterhandlungen mit Aufständigen eingehen, es gibt nur eine Bedingung: Unterwerfung auf Gnade oder Ungnade.

Groberte Stabteile sind genau abzufuchen, Gefangene sofort nach auswärts abzugeben, falls sie nicht sofort an Ort und Stelle vor die Kriegsgerichte gestellt werden. Alle Häufelstörer oder wer mit Waffen in der Hand gefangen wird, ist dem Tode verfallen.

Die volle Strenge des Gesetzes ist unbarmherzig anzuwenden.

Dieser Erlaß ist natürlich nicht der erschreckten Phantasie des Generals Bissing entspringen, sondern wahrscheinlich nur ein Teil einer für das ganze Reich geltenden Instruktion. Er zeigt, wie nervös die Herrschenden sind und wie rücksichtslos der „innere Feind“ bekämpft werden soll. Aber wir verachten solche Drohungen. Wir denken gar nicht daran, Barrikaden zu bauen. Das Proletariat des 20. Jahrhunderts hat wirksamere Mittel, seine Beherrschung zu erringen. Nur einig und geschlossen muß es sein. Und wenn die Beschlüsse des Magdeburger Parteitags dazu beitragen, beides zu fördern — und wir hoffen, daß sie es tun —, so dürfen wir sagen: Der Parteitag hat gute Arbeit geleistet.

### Der Stand der Arbeitslosenfürsorge in den einzelnen Kulturstaaten.

Die Einberufung des Internationalen Kongresses über die Arbeitslosigkeit haben zur Vorbereitung des Kongresses eine Enquete über den Stand der Arbeitslosenfürsorge in den einzelnen Ländern veranstaltet. Die Berichterstatter sind Professoren, Regierungsbeamte usw. Was da an tatsächlichen Einrichtungen geschildert wird, ist zwar noch blutwenig, es läßt aber immerhin erkennen, daß verschiedentlich versucht worden ist, das Problem zu lösen. Uebersehen wir kurz die Berichte.

In Belgien dürfte die Arbeitslosenfürsorge noch am besten geregelt sein. Zwar gibt es noch keine erwünschten Einrichtungen, die zur besonderen Aufgabe hätten, die Produktion mit Rücksicht auf die Verhütung der Arbeitslosigkeit zu regeln, doch haben die Kommunen und der Staat wiederholt schon Unternehmungen veranstaltet, um die Arbeitslosen zu beschäftigen. Der Staat hat 17 „Arbeitsbüros“ subventioniert, welche unterjährig allen Arbeitslosen unentgeltlich Beschäftigung vermitteln. Im Jahre 1908 verzeichneten sie 51 578 Stellenangebote, 27 970 Stellenangebote und 13 705 vernittelte Stellen. Etwa 10 von den Städten und Provinzen subventionierte Vereine beschaffen Arbeit für Arbeitslose. Arbeitslosenversicherungen nach Genet Müller („Gemeindefonds“) waren 1909 zusammen 21 mit 41 beteiligten Gemeinden, 360 angegliederten Kassen und 60 000



Mitgliedern vorhanden. Die Fonds erhielten in dem Jahre an Beihilfen aus öffentlichen Mitteln 117 840 Franks für 19194 Arbeitslose und 184 911 Arbeitslosenstage.

In dem Reicheländchen hat die Regierung noch keine allgemeine Arbeitslosenversicherung veranlaßt. Im Jahre 1909 bildete sich ein Landeskomitee gegen die Arbeitslosigkeit, welches Fortschritts- und Propagandazwecke verfolgt. Anfang 1910 gab es 17 kommunale und 6 private Arbeitsnachweishallen.

In Ungarn verlor sich die Frage der Arbeitslosigkeit in dem Probleme der Auswanderung. Die Statistik der Arbeitslosigkeit ist noch mangelhaft, gleichwohl wurde für das letzte Kriegsjahr festgestellt, daß 18 Prozent des Hilfspersonals arbeitslos waren.

Verhältnismäßig vorgefahren sind die Einrichtungen in Dänemark. Dort besteht ein Gesetz über staatlich anerkannte Arbeitslosenklassen. Im März 1910 bestanden 48 derartige Klassen mit 89 000 Mitgliedern.

In der Schweiz hat die Arbeitslosenfürsorge schon mit dem 18. Jahrhundert eingesetzt. Bereits am 1. März 1789 trat im Kanton Basel eine Kasse ins Leben, um in verdienstlosen Zeiten die Polsterer und Seidenweber mit anderweitiger Arbeit zu unterstützen.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat man dem Problem der Arbeitslosigkeit nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Die Arbeitslosigkeit ist keine akute Erscheinung. Die Arbeitsvermittlung wird meist von den Gewerkschaften besorgt.

In Finnland hat die Bevölkerung wegen des strengen Klimas unter dem denkbar schlimmsten Elend zu leiden. Man hat versucht, der armen Bevölkerung während des Winters gewerbliche Arbeiten zu verschaffen.

Kommissionen hat die Arbeitslosenfrage nicht die große lokale Bedeutung als für andere Länder, da die inländischen Arbeitskräfte der Nachfrage bei weitem nicht genügen.

Frankreich hat nach lange verzögerte Statistik über die Lage des Arbeitsmarktes. Die einschlägigen Erhebungen haben sich nur auf die Rückstände der Gewerkschaften. Die Arbeitsvermittlung ist auf die verschiedene Weise geregelt.

In Spanien hat man bisher das Versicherungsproblem einen geringen Aufschwung genommen. Auch die Arbeitslosenfürsorge hat Bestrebungen gefunden. Verhältnismäßig wenig ist geschehen in England und Italien.

Über die Zustände in Deutschland berichtet der Verband der Arbeitsnachweishallen (Vereinigung und Tätigkeit der Deutschen Gewerkschaften Arbeitsnachweise in Deutschland) und Dr. Eduard Vogt, Direktor des Bundesrats amts der Stadt Düsseldorf, in der Arbeitslosenversicherung des Reiches.

Über die Zustände in Deutschland berichtet der Verband der Arbeitsnachweishallen (Vereinigung und Tätigkeit der Deutschen Gewerkschaften Arbeitsnachweise in Deutschland) und Dr. Eduard Vogt, Direktor des Bundesrats amts der Stadt Düsseldorf, in der Arbeitslosenversicherung des Reiches.

Stellen von den Nachweisen vermittelt. Unter letzteren befanden sich 41 848 landwirtschaftliche Arbeiter, an denen Mangel vorhanden sein soll.

Alles in allem zeigen die Berichte, daß es noch energischer Anstrengungen der Arbeiter bedarf, um die gesetzgebenden Stellen zu weiteren Maßnahmen auf diesem Gebiete zu zwingen.

### Internationale Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

In der Pariser Sorbonne-Universität tagte vom 19. bis 21. September eine Internationale Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, welche von 300 Delegierten aus 21 Ländern besucht war.

Die Verhandlungen des Kongresses begannen Montag, den 19. September, mit dem Bericht über die Arbeitslosenstatistik. Der Berichterstatter Prof. Weltergaard-Kopenhagen hielt einmalige Erhebungen nur für den Ausgangspunkt der Statistik.

In der Debatte wird auf den Nutzen eines Zusammenarbeitens bei von dieser Konferenz einzusetzenden Komitees mit dem Komitee für Unfall- und dem für Sterbestatistik hingewiesen.

Der Berichterstatter zur Frage der Arbeitsvermittlung, Professor Schjovs-Nom, spricht sich prinzipiell für paritätische Arbeitsnachweise aus. Er verlangt Uneigentlichkeit, Neutralität in Konfliktsfällen, partielle Verwaltung und enge Verbindung mit Arbeitslosenklassen.

In der Debatte weist R. Schmidt-Berlin auf die Gestalt der Arbeitsvermittlung in Deutschland hin. Die deutschen Gewerkschaften haben in einer Reihe von Berufen die Arbeitsvermittlung teilweise geregelt.

Dr. Dominikus-Strasbourg meint, eine Zentralisation der öffentlichen Nachweise sei notwendig. Die Berichte bieten interessante Vergleiche zwischen den Methoden der verschiedenen Länder.

H. L. C. Frankfurt berichtet sich über die Tätigkeit und Erfolge des bürgerlichen öffentlichen Arbeitsnachweises. Fiquard (Chefdeklarator der „D'Office du Travail“) Paris, lionnizierter Uebereinstimmung über die Hauptprinzipien der Arbeitsvermittlung.

In Punkt 3: Arbeitslosenversicherung hält das einleitende Referat Dr. Falkenberg-Amsterdam. Er stellt im allgemeinen auf dem Boden des Genter Systems und legt Festsetzungen zur Arbeitslosenversicherung vor.

Die Frage des Baus von Arbeiterwohnungen ist ein wichtiger Punkt der Debatte. In Punkt 2: Die Statistik der Arbeitslosenfrage wird als ein zentraler Punkt der Konferenz hervorgehoben.

einzelne Gründe dieser Erscheinung. Nicht zuletzt ist die Landflucht daraus zu erklären, daß die Stadt größere Vergnügen bietet.

Rosol Jan (Paris) wünscht obligatorische Arbeitslosenversicherung aus vier Gründen. 1. Sie allein ermöglicht eine Verallgemeinerung der Versicherung.

### Gegnerische Gewerkschaften.

Auf Anfrage des Maurerverbandes in Breslau, weshalb bei einem Unternehmer, der vorzugsweise christliche Bauarbeiter beschäftigt, 10 Stunden anstatt der im Tarif festgesetzten 9 1/2 Stunden gearbeitet werde,

Als Herr Johannes Wolf seine Broschüre gegen den christlichen Hilfsarbeiterverband herausgab, wußte die „Gewerkschaftsstimme“, das Organ des so böss ausgegriffenen Verbandes, keine bessere Antwort, als ein bodenlos bunnes Geschwätz über — unchristliche Sozialdemokraten.

Wien, am 5. September 1910. In Erwiderung Ihrer Anfrage, die Sache mit der Notiz „Eine rote Lüge“ betreffend, die angeblich unter dem sozialdemokratisch organisierten Arbeiter Trost verbreitet wird, und die Ihr Zentralschreiben nach den österreichischen Kerlischen Schmierblättern abdruckt, bitte ich Sie, Ihren Lesern mitzuteilen,

Die Wahl der Knappschaftsleiter im Ruhrgebiet, die mit einem glänzenden Siege des freien Bergarbeiterverbandes endete, war, nach Angabe der Christen, ein „Vorpiel der kommenden Reichstagswahlen.“

Ein mysteriöser Brief.

Die Wahl der Knappschaftsleiter im Ruhrgebiet, die mit einem glänzenden Siege des freien Bergarbeiterverbandes endete, war, nach Angabe der Christen, ein „Vorpiel der kommenden Reichstagswahlen.“

Als ein Beispiel, wie frech die Erfindung ist, wollen wir die drei größten „Fälle“ erwähnen. Punkt 9 erzählt von einer Unterschlagung im österreichisch-ungarischen Musikerverbande.

Als ein Beispiel, wie frech die Erfindung ist, wollen wir die drei größten „Fälle“ erwähnen. Punkt 9 erzählt von einer Unterschlagung im österreichisch-ungarischen Musikerverbande.

Als ein Beispiel, wie frech die Erfindung ist, wollen wir die drei größten „Fälle“ erwähnen. Punkt 9 erzählt von einer Unterschlagung im österreichisch-ungarischen Musikerverbande.

Als ein Beispiel, wie frech die Erfindung ist, wollen wir die drei größten „Fälle“ erwähnen. Punkt 9 erzählt von einer Unterschlagung im österreichisch-ungarischen Musikerverbande.

Als ein Beispiel, wie frech die Erfindung ist, wollen wir die drei größten „Fälle“ erwähnen. Punkt 9 erzählt von einer Unterschlagung im österreichisch-ungarischen Musikerverbande.

Als ein Beispiel, wie frech die Erfindung ist, wollen wir die drei größten „Fälle“ erwähnen. Punkt 9 erzählt von einer Unterschlagung im österreichisch-ungarischen Musikerverbande.

Als ein Beispiel, wie frech die Erfindung ist, wollen wir die drei größten „Fälle“ erwähnen. Punkt 9 erzählt von einer Unterschlagung im österreichisch-ungarischen Musikerverbande.

Als ein Beispiel, wie frech die Erfindung ist, wollen wir die drei größten „Fälle“ erwähnen. Punkt 9 erzählt von einer Unterschlagung im österreichisch-ungarischen Musikerverbande.



Erfort ist besser, sie hing viel glaubhafter. Aber erst 1 1/2 Tage vor der Wahl...

Unterzeichnet ist der Brief, Dein Freund Heinrich

Daraufhin wurden drei Verbandsbeauftragte auf dem Bureau des Gewerkschafts...

Gaukonferenz des Gaues 1.

Am Sonntag, dem 11. September, vormittags 11 Uhr, trat im feierlich geschmückten Saale des Braunschweigischen Gewerkschafts...

Die Tagesordnung umfasste folgende Punkte: 1. Konstituierung der Konferenz...

Der Tätigkeits- und Kassenbericht lag den Delegierten gedruckt vor. Zur Ergänzung ergreifend sprach Kollege Grohmann das Wort...

Ueber die Agitation und die Kaffe berichtete Kollege Bruder. Er führte aus, daß die Agitation im allgemeinen sehr schwierig wäre...

Beim Kassenbericht teilte Bruder mit, daß die Kasse in den Berichtsjahren eine Einnahme von 11 362,42 Mk. hatte...

In der Diskussion wünscht Kollege Schinkel-Thale, daß der Gauvorstand sich bemühe um die kleineren Zahlstellen...

In der Sitzung am Montag referierte Stille-Gannover über den 3. Punkt der Tagesordnung, dabei hervorhebend, daß von jetzt der Bevollmächtigten in Zukunft mehr denn je Obacht gegeben werden müsse...

Ueber die Taktik bei Lohnbewegungen führte Grohmann-Gannover unsäglich folgendes aus: Dem gewerkschaftlichen Vordringen stellt sich immer häufiger statt eines einzelnen Kapitalisten...

Kollege bei einzelnen Mitgliedern widerstanden ist, im unangebracht angedeutet, her zu sagen, daß nur volle Kräfte dem Gewerbe...

Die Konferenz ging dann zur Beratung der allgemeinen Angelegenheiten über. Ein Antrag Roggenfels, die Konferenzen vor dem Verbandstag abzuhalten...

Gaukonferenz des Gaues 3.

Am 18. und 19. September fand die Gaukonferenz des Gaues 3 in Göttingen im feierlich geschmückten Saale des Goldenen Löwen statt.

Kollege Kowaljitz begrüßte die Teilnehmer und wünschte der Konferenz erfolgreiche Arbeit. Dasselbe tat Kollege Witt-Götting und gab...

Der Geschäftsbericht lag gedruckt vor und wurde vom Kollegen Kowaljitz in längeren Ausführungen ergänzt. Er schilderte, wie fast während der ganzen Berichtszeit die wirtschaftliche Krise auf die...

Nachfolgendes gibt Aufschluß über die agitatorische und sonstige Tätigkeit des Gauleiters. Er nahm teil an 106 öffentlichen, 66 Betriebs- und 149 Mitglieder-Versammlungen...

Einleitend sprach sich Kollege Kowaljitz über die Schwierigkeiten bei der Agitation in den einzelnen Zahlstellen aus. Verschiedenen Zahlstellen gab er Ratschläge und Wünsche...

In der Diskussion wurde keinerlei Kritik an der Tätigkeit des Gauvorstandes geübt. Dagegen wurde allerseits auf die Schwierigkeiten hingewiesen...

Zum Punkt 2 der Tagesordnung nahm Kollege Traupe-Breslau das Wort und berichtete sehr ausführlich über den Verbandstag in Halle.

Da bei Auszahlung der Erwerbslosen-Unterstützung immer noch große Irrtümer begangen werden, gab Redner wertvolle Ratschläge dazu, indem er in instruktiver Weise das ganze Auszahlungssystem...

Besonderes Gewicht legte Redner auf eine gute und ordentliche Kassenführung in den Zahlstellen, denn sie gebet zu der Grundlage einer gesunden Entwicklung unseres Verbandes...

zuständigen Ausschüssen - tauschten die Delegierten mit großer Aufmerksamkeit und danken dafür mit lebhaftem Beifall.

Ueber die Referate der Kollegen Traupe und Stille fand eine gemeinsame, lebhafte Debatte statt. Besonders wurde über Erwerbslosentätigkeit geredet...

Ueber den Punkt 4 der Tagesordnung, 'Die künftige Agitation', referierte der Gauleiter Kowaljitz. Er hob hervor, daß jede Art der Agitation nur dann Erfolg haben kann...

Unter Punkt 5 der Tagesordnung, 'Anträge und Verschiedenes', wurde zunächst folgender Antrag des Gauvorstandes angenommen: Der Gauvorstand wird beauftragt, vor dem nächsten Gaustag ein...

In seinem Schlusswort sprach zunächst Kollege Kowaljitz den besten Dank aus an die Göttinger Kollegen für die freundliche Aufnahme der Delegierten...

Ein gigantischer Kampf.

Bedeutungslos, die Entwicklung der wirtschaftlichen Kämpfe beleuchtende Vorgänge spielten sich zurzeit in der Metallindustrie ab. Sie sind für unsere Mitleser lehrreich...

In der Metallindustrie sind die beiderseitigen Organisationen am weitesten entwickelt. Der Metallarbeiterverband zählte am 28. Juni 1909 450 000 Mitglieder...

Schon seit Jahren kämpfen nun die Werftarbeiter für angemessene Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Sie fanden aber bei dem Unternehmer nicht das geringste Entgegenkommen...

Das Kapital bedrohte damit Hunderttausende, die mit dem Kampfe gar nichts zu tun hatten, die auf die Entfesselung der Arbeiter nicht den geringsten Einfluß ausüben konnten...

In Juli dieses Jahres wüteten den Hamburger Werften Forderungen unterbreitet. Die Arbeitszeit sollte auf wöchentlich 54 Stunden festgelegt werden...

In den übrigen Werften erklärte man sich mit dem Vorhaben der Kollegen in Hamburg nicht einverstanden. Die Unternehmer befohlen wieder die schon im Jahre 1907 befehlte Taktik...



Seitens der Industriellen, eine Generalausperrung vorzunehmen. Vergleichsverhandlungen hatten sie verhindert durch die wie bewußter Hohn wirkende Forderung...

Demnach sollen, wenn der Kampf bis zum gesetzten Termin nicht beendet ist, über 400000 Arbeiter, in der Hauptsache Metallarbeiter, aus ihrer Arbeit vertrieben werden...

In dem zur Erörterung stehenden Falle wird allerdings die angeordnete Aussperrung wohl kaum perfekt werden. Nicht weil es den Unternehmern an bösem Willen dazu fehlt...

Mit der Konfiszierung dieser Tatsachen sind die Voraussetzungen für unsere Berufsgenossen — zum Teil gegeben. Sie müssen ebenso raffen und vorbereiten wie die Metallarbeiter...

Solcher Gefahr sollte jeder Berufsgenosse zu entgehen suchen. Die Kämpfe, wie sie jetzt in der Metallindustrie sich abspielen...

Streiks und Lohnbewegungen.

Bitterfeld. Eine Lohnaufbesserung von 2 Pf. pro Stunde erzielten unsere Kollegen in der Gasanstalt. Der bisherige Lohn betrug 33 Pf. (jetzt 35 Pf.) pro Stunde...

Heilbronn. Für die ganze Arbeiterchaft der hiesigen Fabrikmaschinenfabriken (Kesselfabrik, Leigerwerk, Zylinder- und Waagen-Fabrikation) gelang es uns...

Die Arbeiter haben die Unternehmer zum ihrem Judikalien-Bestand angezwungen. Durch Unterhandlungen mit dem einzelnen Arbeitseigenen wurden folgende Ergebnisse erzielt...

2. die Löhne werden erhöht, und zwar für männliche Arbeiter um 20—40 Pf. pro Tag, für weibliche Arbeiterinnen um 20—30 Pf. pro Tag...

Der gesamte Erfolg der abgeschlossenen Bewegung ist folgender: Eine Arbeitszeiterhöhung pro Woche um 2069 Stunden für 1102 Beteiligte. Eine Lohnerhöhung pro Woche um 2629,50 Mk. für 1037 Personen...

Kärnbirg. Der Kampf in den hiesigen Kleinfabrikanten, an dem auch unsere Organisation beteiligt war, ist nach einer Dauer von 10 Wochen zugunsten der Arbeiter beendet worden.

Rundschau.

Streikunruhen in Berlin.

Am 19. September traten in der Berliner Kohlengroßhandlung Kupfer & Co., die von dem bekannten Montanherrn Stinnes beherrscht wird, sämtliche 141 dort beschäftigten Arbeiter in den Streik...

Die Lohpsos und sinnlos die Polizei gewütet hat, geht selbst aus den Schilderungen der polizeifreunden bürgerlichen Presse hervor. Greise und Kinder wurden verprügelt, harmlose Straßenpassanten arretiert...

Die Schatzkammerpresse benutzt natürlich die Gelegenheit, auf die „Streikheer“ loszuschlagen. Mit einer an Berrücktheit grenzenden Freivolant wird behauptet, die organisierte Arbeiterchaft habe die Kriminalität nicht nur gewollt, sondern direkt organisiert...

Nebrighens hat die bürgerliche Presse die Unruhen ganz fürchterlich übertrieben. Da war von Barrikaden, Verletzungen der Polizei mit heißen Wasser, Ermordung einer Frau usw. die Rede...

Verbandsnachrichten.

Bezüglich des Materialverbandes sei mitgeteilt, daß wir die Zusendung des Materials unmöglich so rasch bemerkfelligkeit konnten, wie es von vielen Zahlstellen gewünscht wurde...

Der Vorstand.

Vom 27. September an gingen bei der Hauptkaffe folgende Beträge ein: Hildesheim 500.—, Sägen 169,48, Blaue a. H. 85,20, G. E. 15.—, Sägen 6.—, Speermühle 659,08, Kolberg 100.—, Freiemann a. D. 297,94, Kolmar 287,87, Woldenberg 132,64, Berna 113,74, Radeburg 89,06, Eplingen 774,93, Oypau 531,96, Balthardshausen 400.—, Jähennid 200.—, Klein-Krogersburg 107,78, Gräfenhausen 59,60, Sägen i. W. 1,10, Bitterfeld 1.—, Grattee 409,60, Glaucha 235,65, Dorich 193,30, Arndsdorf i. R. 47,28, Hüttberg 20.—, Steigau 2.—, Mägeln 5. C. 10,45, Proletariat 58,80, Meißen 2500.—, Ragdeburg 963,31, Wittenberge 372,57, Gräfenhausen 213,80, Wollwilsleben 173,64, Waldheim 153,80, Werra i. R. 112,80, Jüterbog 75,48, Weimar 74,36, Alandshaus 70,90, Jörbig 55,04, J. — 75, Leipzig 1674,01, Kellen 1453,07, Speier 931,09, Ulmstern 2625,45, Schleiching 1088,77, Nauß 1016,25, Röditz 526,96, Oberhofau 435,66, Zeitz 348,25, Roschwitz o. T. 302,90, Rittersbach 300,74, Hölz 197,76, Sankt 187,80, Reichena 135,24, Grätzleben 133,82, Woldenberg 99,82, Woldenberg 50,33, Wörlitz 24,99, W. — 1.—, Weimar — 50, Werra 7,21, Schöng. Montag, 2. Oktober, mittags 12 Uhr. Fr. F. F. F., Kassierer.

Beitragung: In Nr. 40 muß es heißen: Sum 300.—, nicht 500.—.

Die Abrechnung für das 3. Quartal 1910 haben einigelandet: Sägen Woldenberg, Werra, Gräfenhausen, Speermühle, Radeburg i. S., Blaue a. Havel, Weimar, Arndsdorf, Dorich, Klein-Krogersburg, Glaucha i. S., Gräfenhausen, Finsterwalde, Eplingen, Wollwilsleben, Wittenberge, Waldheim, Jörbig, Ragdeburg, Hüttberg, Nauß a. P., Eiterwerda, Sankt, Rodig, Oberhofau, Werra, Reichena, Weimar, Schleiching, Oypau, Wittenberg, Grätzleben, Leitz, Dresden, Leipzig.

Zusammensetzung zur Erhebung von Extrabeiträgen. Werra i. W. 5 Pf. pro Mitglied und Woche. Grätzleben 5 Pf. pro Mitglied und Woche. Woldenberg 5 Pf. pro Mitglied und Woche. Weimar 5 Pf. pro Mitglied und Woche.

Ausgeschlossen auf Grund § 7 des Statuts ist das bisherige Mitglied der Zahlstelle Eisenberg Paul Mannewitz, Buchnummer 102145, eingetreten am 4. Mai 1910;

die jetzigen Mitglieder der Zahlstelle Halle Friedrich Freyer, Kartennummer 57 573, eingetreten am 25. Dezember 1909, und Franz Werner, Buchnummer 386 553, eingetreten am 22. August 1909, und das jetzige Mitglied der Zahlstelle Schönebeck Friedrich Kemme, Buchnummer 182 636, eingetreten am 15. Januar 1907.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

- Bücher: Nr. 339 796 für Ewald Zimmermann, eingetreten am 1. September 1908 in Dresden. Nr. 163 891 für Richard Glente, eingetreten am 6. Mai 1906 in Stettin. Nr. 77 163 für Gustav Zimmermann, eingetreten am 15. Oktober 1905 in Stettin. Karten: Nr. 97 634 für Otto Wegener, eingetreten am 1. August 1910 in Berlin. Nr. 111 803 für Otto Jäck, eingetreten am 3. September 1910 in Berlin. Nr. 111 805 für Otto Furchheim, eingetreten am 10. September 1910 in Berlin. Nr. 111 806 für Rudolf Lewin, eingetreten am 10. September 1910 in Berlin. Nr. 107 743 für Peter Ahweiler, eingetreten am 25. Juni 1910 in Köln a. R. Nr. 80 829 für Marie Haug, eingetreten am 11. März 1910 in Eßlingen. Nr. 51 646 für Hans Speeth, eingetreten am 15. April 1910 in Mainz. Nr. 51 502 für Johann Riga, eingetreten am 25. Januar 1910 in Mainz.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

- Gau 13, Elb-Gamburg. Adresse: Fritz Borger, Gamburg 1, Welfenbühlhof 57 (Gewerkschaftshaus), Zimmer 15. Fernruf: Gruppe 3, Nr. 1226. Aufnahm. Die Reiseunterstützung wird bei Franz Sals, Burgstraße 24, Hof, 1. Treppe, von 7 bis 8 Uhr abends ausbezahlt. Döhrenth. Simon Großmann, Meyerberg, Post Dönnsdorf. Eisenberg. Richard Herr, Wilhelmstraße 3. Grünberg, Schlefen. Adolf Wöschle, Alte Gebirge 60. Galt-Oestental, Gau 9. Gustav Kuhn, Schm.-Holl. Unterlimpurgstraße 75. Hannover. Das Bureau befindet sich jetzt Nikolaistraße 7, 3. St. Sprechstunden von 8—1 und von 4—7 Uhr. Karlsruhe. Die Reiseunterstützung wird beim Kollegen Wilhelm Benkefer, Karlsruhe-Mühlburg, Glückerstraße 6, 2. Etage, abends von 1/8 bis 8 Uhr, ausbezahlt. Königsberg i. Pr. 1. Bevollmächtigter Friedr. Buchholz, Simonsdamm 28/29, 1. Et. Geschäftsführer Th. Hartwig, Bureau Wühlstraße 24b, Zimmer 26. Langenberg. Paul Seiffert, Leipziger Straße 45, 1. Et. Böckig i. P. Karl Schreiber. Mägeln bei Sthab, Gau 2. Gustav Schieferdecker, Nr. 19 D. Oidesloe. Joh. Peterjen, Pölicher Weg 1. Blaue a. Havel. Franz Wöschle. Schwedt a. Oer. Ernst Tews, Karthausstraße 51. Laugermünde. 1. Bevollmächtigter Karl Krüger, Moosstraße 33, 1. Et., Stb. Das Verbandsbureau befindet sich Karthausstraße 17. Geschäftsführer W. Reimowski. Weimar. Fritz Klopffleisch, Karl-August-Platz 1. Weimar a. Die Reiseunterstützung wird täglich von 4—5 Uhr nachmittags und die Ortsunterstützung Sonnabends von 3—5 Uhr beim Kollegen Gottfried Krüger, Klein-Wittenberg, Wilhelmstraße 45, ausbezahlt. Wittenberge. G. Büttner, Lenzener Straße 38. Woldegt. W. Lindhorst, Bachstraße 163.

Briefkasten.

G. in S. Aus dem Bericht kann ich beim besten Willen nichts anderes entnehmen, als daß die Kollegen dort zum Teil die Auffassung bezw. Darstellung des Vorstandes für falsch halten; das war mir aber schon lange vorher bekannt. G. in G. Besten Dank für Zusendung des Ausschmittes. Aber daß ein Volk so kleinlaut werden kann. G. in M. Habe die Liste dem Vorstand übermietet. Für die Anregung besten Dank.

Der Notizkalender für das Jahr 1911. Ist erschienen und zum Preise von 50 Pf. pro Exemplar durch die Orts-Verwaltungen zu beziehen.



## Aus der chemischen Industrie.

### B. A. S. F.

I.

Einer großen Zahl chemischer Fabrikproleten werden obige 4 Buchstaben bekannt sein; sie sind die Signierung, die sich auf allen Packungen der Badischen Anilin- und Sodafabrik befindet und in allen Weltteilen uns begegnet. Der Begründer der Fabrik war der im Jahre 1902 verstorbene Kommerzienrat Friedrich Engelhorn, ein ausgeprägter Typus eines modernen Unternehmers großen Stils. Mit dem Wachsen der B. A. S. F. ist die jüngere Geschichte der Stadt Ludwigshafen eng verknüpft. Als letztere 1852 zur Stadt erhoben wurde, zählte sie 1503 Einwohner. Am 8. April 1865 wurde die B. A. S. F., welche eigentlich nach Mannheim sollte, aber dort aus Furcht vor sozialen Nachteilen und Gesundheitschädlichkeit nicht konzessioniert werden konnte, in Ludwigshafen errichtet. Bereits 1852 begünstigten die Badischen eine chemische Fabrik, der dann 1855 die Firmen Meister (heutige Weissteinfabrik), 1864 die Michelsche Düngersabrik, 1871 die Leimfabrik, 1878 Grünzweig u. Hartmann und andre folgten. Bereits 1867 war die Einwohnerzahl auf 4849, 1892 auf 30 000 gestiegen. Heute beträgt die Einwohnerzahl rund 90 000. Diese Fabriken drückten der Stadt den eigenartigen chemischen Industriecharakter auf. Mit dem enormen, am amerikanischen Art erinnernden Wachstum kann wohl nur die Stadt Bingen bei Hannover verglichen werden. Neben der Stadt lagert jahraus, jahrein ein schwarzer Kohlenrauch, der dem Wald von Schornsteinen entströmt, vermischt mit widerlich süßen und andern undefinierbaren Gerüchen, die an die Produktion von organischen Farbstoffen erinnern. Es ist also keineswegs ein angenehmer Duft, der diesem Wald entströmt.

In diesem Gestank arbeiten und wohnen Tausende von chemischen Fabrikproleten. Eine Menge Wohlfahrts-Vereinigungen bedecken das vorgelagerte Land an der B. A. S. F., welche sich auf ca. 3/4 Stunden Weges am Rhein hinzieht und ihre Abwässer in allen Farben in den Strom ergießt. Diese Wohlfahrts-Einrichtungen sind allerdings verhältnismäßig jungen Datums. Wie es in der B. A. S. F. unter der Herrschaft Engelhorns aussah, hat unser verstorbener Vorkämpfer Ehrhart mehrfach sehr gut gezeichnet. Im Jahre 1902 schrieb er:

„Man muß gesehen haben, wie noch bis vor wenigen Jahren die arbeitslosen Proletarier der chemischen Industrie gehalten wurden, um überhaupt eine solche Ausbeutung der Menschen durch Menschen für möglich zu halten. Während der Mittagsstunden lauerten bei Sturm und Regen Hunderte im Straßengraben in der Nähe der Fabrik, das arme Volk, ihnen zugelegene Mittagbrot hinunterwürfend. Erosion des Menschenrassen gleichend, erregten die meisten der Arbeiter durch ihr elendes Aussehen, namentlich durch die in Bronze, Kupfer, Grün usw. gebeizte Hautfarbe bei jedem Fremden das größte Aufsehen. So weit war die Imprägnierung mit den Gifstoffen bereits gediehen, daß sich das Gift (die Farbe) selbst auf die erzeugten Kinder übertrug. Arbeiter, deren Nasenbeine, Schleimhäute usw. von den Giften zerfressen, waren in Massen zu sehen. Mitleidslos herrschte über die elenden geknechteten Massen Friedrich Engelhorn. Möchte sie in Scharen zugrunde gehen, die Proletarierbrut, wenn nur sein Wert in die Höhe ging: an den herausragenden Erfolgen der deutschen chemischen Industrie, die sich den Weltmarkt eroberte, fand er sein Genüge; ob sein Weg über Leichen ging — was kümmerte es ihn! Macht und Geld war es, was er suchte. Das in den Arbeiterfamilien herrschende Elend war so allgemein bekannt, daß beispielsweise ein Pfarrer auf dem Hardeggberge seinen Gläubigern predigte, ihre Unchristlichkeit werde sie zur Hölle oder in die „Große auf dem Hemshof“, d. h. Engelhornsche Fabrik, führen.“

Diese treffende Illustration unseres ersten Vorkämpfers wollen wir der heutigen Generation ins Gedächtnis rufen, damit sie sich ein Bild aus der Vergangenheit der großen B. A. S. F. entwerfe. Heute ist an Stelle des Chausseegrabens ein großer geräumiger Speiseaal getreten. Die unerbittliche Kritik der sozialdemokratischen Presse und die Vorkämpfer Ehrhart haben bewirkt, daß manches im Laufe der Jahre verbessert wurde, aber immer noch bringen abgehärmte, unterernährte Frauen und Kinder dem mit allen Farben gebeizten Vater das Mittagessen in die Fabrik.

Mit der Gründung der B. A. S. F. florierte aber auch das Geschäft der Kleinhandwerker und Bauunternehmer. Eine wilde Spekulationswut setzte ein, die enorme Verteuerung von Grund und Boden zeitigte; mancher Bauer lebt noch heute als Rentier abseits von Gestank und Rauch, der guten Zeiten von ehedem gedenkend. In der Gemeindeverwaltung war „nationalliberal“ Trumpf. Auch die Nationalliberalen gedenken heute mit Behmut an die gute, alte, gewinnbringende Zeit. Jedes Fleckchen Erde wurde mit vierstöckigen Mietshäusern bebaut, so daß die Stadt keine einzige nennenswerte gärtnerische Anlage aufweist. Die Arbeitererschaft war aus allen Nationen des In- und Auslands zusammengewürfelt und in ständiger Fluktuation begriffen. Wer wollte auch in solchen mörderischen Giftbuden lange Zeit arbeiten! War die wöchentliche oftmals 80- bis 90stündige Arbeitszeit beendet, dann wurden die paar Groschen im Wirtshaus untergebracht, weil ein gemütliches Heim dem Arbeiter fehlte. Er zog es vor, sich mit Alkohol über das Elend hinwegzusetzen. Die Unterhaltung am Bierisch drehte sich um die geleistete Arbeit. Einer wollte den andern an Leistungsfähigkeit überbieten, dabei bekamen die Betriebsführer Lob oder Tadel, je nach Ansicht der Streitenden. Dazu kam der Nationalitätenhaß, der durch Krieger-, Militär- und Landsmannvereine und bei andern Anlässen großgezogen worden war.

Bei solchen Streitigkeiten taten sich die Pfälzer gütlich an Schimpfwörtern, wie Stinkpreußen, Schmalzloppe, Sauchwowe, Mannemer Bloomäuler, blinde Hesse usw., die sie den betreffenden „Vertretern der Nation“ an den Kopf warfen, wobei die Kaffeefachsen am besten wegkamen, falls sie „Muffpreußen“ waren. Die Folge war eine solenne Keilerei und Messerstecherei und öfters wurde den herbeigerufenen Hütern des Geiezes übel mitgespielt. Das war die „national-liberale Aera“ Ludwigshafens, die mit Anfang des 20. Jahrhunderts ihr Ende erreichte. Die sich ausbreitende Sozialdemokratie lenkte die Debatten in ein andres Fahrwasser. Heute haben sich in dieser Beziehung die Verhältnisse wesentlich gebessert. Die Schlägereien unter Arbeitern wurden seltener. Dieser Umstand ist nicht dem Wirken der Polizei, sondern allein der Arbeiterbewegung zu verdanken. Die Ludwigshafener Arbeiterbewegung stellt jetzt in politischer wie gewerkschaftlicher Beziehung ihren Mann.

Während sich die Arbeiter gegenseitig zerfleischten, blühte der Weizen der chemischen Goldmacher. Mühselos floß der Dividendenregen, denn die Arbeiter waren willig und billig, die Verkaufspreise der Farben enorm hoch im Verhältnis ihres Wertes. Die B. A. S. F. hatte 1865 30, 1875 835, 1885 2377, 1895 4450, 1905 6972, 1909 7527 Arbeiter. An Bureaupersonal waren im verfloffenen Jahre vorhanden: 2 Direktoren, 5 stellvertretende Direktoren, 26 Prokuristen, 978 kaufmännische, 374 technische Angestellte. Der Lohn schwankte 1892 zwischen 2,20 Mk. bis 2,80 Mk. für erwachsene Arbeiter bei 10 1/2 stündiger Arbeitszeit. Diese niedrigen Löhne trieben die Arbeiter zu Überstunden, wobei bei 1/2 der Arbeitererschaft 24 bis 48 Stunden an einer Tour nichts Seltenes waren. Die auswärts wohnenden Arbeiter hatten dazu noch einen weiten Weg zu machen, so daß mit Einrechnung dieser Zeit oftmals über 100 Stunden wöchentliche Arbeitszeit die Regel waren. Der Lohn für derartige Leistungen betrug nach Abzug der gesetzlichen Leistungen 16,85 Mk. pro Woche.

Im Jahre 1909 wurden nach dem Geschäftsbericht der Gesellschaft 11 177 280 Mk. an Löhnen ausbezahlt. Der Durchschnittslohn für den einzelnen betrug 1484,96 Mk. Hierbei sind aber die Beamten und Antreiber, die zum Teil sehr gut bezahlt werden, mit eingerechnet, ebenso sämtliche Überstunden und Überleistungen der Arbeiter. Nach einer von der Firma selbst gemachten Aufstellung werden rund 20 Prozent des Lohnes von den Arbeitern der Anilin durch Überarbeit verdient. Bringen wir diese 20 Prozent in Abzug, so bleibt ein Durchschnittsverdienst von 1188 Mk. bei normaler Arbeitszeit. Dabei sind die den Durchschnittslohn übersteigenden Löhne der kapitalistischen „Unteroffiziere“ noch mit eingerechnet. — In einem zweiten Artikel werden wir uns noch etwas eingehender mit dem Entwicklungsgang der Firma, namentlich mit den Gewinnen der Unternehmer, beschäftigen.

### Opfer der Bändholzfsteuer.

Belanulich hat der Schnapsblock bei der letzten Finanzreform sich auch das von den Vermitteln der Armen gebrauchte Bändholz als Steuerobjekt herausgefunden. Die Folge war ein erheblicher Rückgang der Produktion. Die Bändholzarbeiter, welche schon bei guter Konjunktur nicht auf Rollen gebettet sind, haben nun fürchterlich unter der Last zu leiden. So hatte der Vorstand des katholischen Vereins Habelschwerdt eine Petition an den Reichstag eingereicht, um den arbeitslos gewordenen Bändholzarbeitern eine Unterstützung zukommen zu lassen. Der „Arbeiter“, das Organ obigen Vereins, druckt den Inhalt der Petition ab und der Redakteur dieses Blattes und Reichstagsabgeordnete Dr. Fleischer knüpft daran die folgende Bemerkung:

„Welche Antwort dem katholischen Arbeiterverein Habelschwerdt auf obige Eingabe geworden ist, ist uns zur Stunde noch nicht bekannt; doch dürfte dieselbe in einem für die Bittsteller günstigen Sinne ausfallen, da ja im Reichstage seinerzeit unser Wissen nicht bloß die Tabakarbeiter, sondern auch die Bändwarenarbeiter in die obengenannten Unterstützungen mit eingezogen worden sind.“

Demgegenüber stellen wir fest, daß vom Reichsamt des Innern den Petenten die Antwort zugegangen ist, daß keine Mittel verfügbar sind, eine Unterstützung aus Reichsmitteln zu gewähren. Zwar hat die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag bei dem Steuergesetz beantragt, den geschädigten Bändholzarbeitern Unterstützung zu zahlen, aber das Zentrum, die Konserbativen und ihr Anhang lehnten die Unterstützung der Hungernden ab! Die sogenannten „Christlich-nationalen“ Arbeiterabgeordneten Schiffer, Wehrens, Wiebeberg, Dr. Fleischer, Weder und Genossen stimmten mit den Junkern gegen die Unterstützung der Hungernden!!! Nun bitten die unglücklichen Darbenden, jammern ihre armen Kinder vergebens nach einem Stück Brot!

Inzwischen ziehen die Folgen der Bändholzfsteuer weitere Kreise. Die Verteuerung der Bändholzer hatte vermehrte Nachfrage nach Feuerzeugen aller Art zur Folge. Gegen diese Konkurrenz wehren sich nun die Bändholzfabrikanten. Ein Bändholzfabrikant machte den Vorschlag, sämtliche Bändmittel, also auch Feuerzeuge aller Art, der Verteuerung zu unterziehen. Das Bändwarenhandwerk unterliegt den reaktionären Ansichten auf den Geldbeutel des Volkes. Die Folge ist, daß die Feuerzeug-Industriellen Sturm laufen gegen die geplante Verteuerung, da die Steuer einer verhältnismäßig recht jungen Industrie ihre Existenzmöglichkeit rauben würde. Der Hausfahnd hat in diesem Kampfe keine Unterstützung zugelegt. Tatsächlich ist das Reichsamt diesem Plan näher getreten und hat an die Bundesregierung eine diesbezügliche Umfrage gerichtet. Falls ein solcher Entwurf an den Reichstag gelangt, ist es fraglich, ob er Gesetz wird, da die Parteien des Schnapsblocks, besonders das Zentrum, voraussichtlich keine Lust haben, sich bei den noch teure gebliebenen Wählern um den letzten Rest von Ansehen zu bringen.

Die Einnahmen für die Bändwarensteuer sind übrigens weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Markt die erhofften 25 Millionen pro Jahr hat sie nur 7 068 779 Mk. in den ersten sechs Monaten von 1910 gebracht. Am veranschlagten wäre bei solch minimalen Erträgen die Aufhebung der volksfeindlichen Steuer. Dafür wird aber die reaktionäre Reichstagsmehrheit nicht zu haben sein.

### Wieder ein Unfall durch einen Nitrofilter.

Die Arbeit im Betriebe 301 der Farbenfabrik Wiesdorf-Verleuten ist sehr schwierig. Aus diesem Grunde machen sich die Arbeiter aus gebrauchten Prechtstücken Schürzen. Ränger dort befindliche Arbeiter wissen, daß sie dazu nicht Nitrofilterstücke verwenden dürfen, weil diese ungeheuer feuergefährlich sind. Zu keinem Unglück eignete sich ein noch unerfahrener, jüngerer Arbeiter ein solches

Nitrofilterstück ungelesen an und machte sich daraus eine Schürze. Kurz darauf hatte er in der Schmiede zu tun, wo ihm ein Funke zu nahe kam. Im Nu stand der Kernte in Flammen. An Leib und Weinen ist er schwer verbrannt worden. Er wurde ins Krankenhaus getragen.

Der Unfall beweist, daß es an der genügenden Belehrung gefehlt hat. Er sollte aber eine erneute ernste Mahnung sein, daß sich Neueintretende genau die Unfallverhütungsvorschriften ansehen. Der Fabrikarbeiterverband betrachtet es darum als eine seiner wichtigsten Aufgaben, seine Mitglieder mit den bereits bestehenden Verordnungen des Bundesrats sowie den Unfallverhütungsvorschriften bekannt zu machen und neue Anregungen und Anträge an die maßgebenden Körperschaften gelangen zu lassen. Die rechte Unterstüzung erfährt diese Tätigkeit des Verbandes aber erst, wenn sich möglichst viele Arbeiter organisieren.

### Unfall in der Anilin.

Der Arbeiter Baum im Bau 250 (Ammoniakbau) wurde am 15. September 1910 durch Lauge im Gesicht, am Arm und Bein verbrannt. Nach Anlegung eines Verbandes konnte er seine Wohnung aufsuchen. Baum wird voraussichtlich längere Zeit arbeitsunfähig sein.

### Unglücksfall in den Farbenwerken.

Beim Umbau des Diamantfarbwerks stürzte vor kurzem ein Schloffer dadurch ab, daß ein über den Fahrstuhlschacht gelegtes Brett abrutschte und mit dem Bedauernswerten 8 Meter in die Tiefe fiel. Einige Tage später stürzte ein Zimmermann beim Nichten des Dachstuhl ab und verletzte sich schwer.

Während man da, wo sich die Maschinen befinden, ganz dicht abgedeckt hat, damit ja an denselben nichts passiert, fehlt dort, wo Menschen arbeiten, die Abdeckung. Wo bleibt die Baupolizei?

### Drei Finger abgequetscht.

In der Zelluloidwarenfabrik A. Hageborn u. Co. A.-G. in Osnaabrück, Abteilung Kettenkasten, wurden dem an der Exzenterpresse beschäftigten Arbeiter M. o. L. e drei Finger der linken Hand abgequetscht. Es ist dies lediglich eine Folge der in dem Betriebe herrschenden Antreiberei und der dort üblichen Lohnreduzierung. Will man die Arbeiter doch veranlassen, die Arbeit für den von der Firma einseitig festgesetzten Akkordtag zu machen. Die Herren Vorgesetzten postieren sich bei dem Arbeiter mit der Uhr in der Hand. Dann wird ihm vorgerechnet, wieviel er pro Tag verdienen kann. Dann der Arbeiter nicht dauernd so intensiv arbeiten kann, wie in dem Augenblick, wo der Antreiber hinter dem Nennlichen steht, kummert die Herren nicht. Nach bezeichnend ist es, daß man den 20jährigen Verunglückten mit einem 14stägigen Lohn nach Hause schickte, den andre ungelernete Arbeiter als Wochenlohn erhalten. An den Arbeitern liegt es, selbst Remedur zu schaffen. Etwas weniger Angst vor den Antreibern der Firma und mehr Vertrauen zur Organisation ist in diesem Betriebe dringend nötig.

### Grüß-Griesheim.

Erfreulicherweise hält das Bestreben der Farbwerksarbeiter, sich mehr Rechte und bessere Behandlung seitens der Vorgesetzten zu schaffen, an. Genosse Quint-Frankfurt referierte kürzlich in einer stark besuchten Versammlung über: „Die Solidarität der Arbeiter, ein Kulturfaktor!“. Er schilderte den stetigen Aufschwung der chemischen Industrie, ihre hohen Profite, von denen sich die dürftige Existenz der Arbeiter um so drückender abhebt. Darüber kann auch das gerühmte „Wohlfahrts“ weihen nicht hinwegtäuschen. Solange jedoch die Arbeiter sich nicht zu einer starken Kampforganisation zusammenschließen, können sie ihre Lage nicht verbessern. Heraus aus den Klimbinvereinen! Einem in die Organisation! Die Ausführungen riefen starken Beifall hervor. Eine Anzahl Neuaufnahmen war der Erfolg.

In Griesheim hat sich unter Ortsverwaltung die dankenswerte Aufgabe gestellt, durch eine Reihe von Vorträgen über die Versicherungsangelegenheit des Deutschen Reiches die chemischen Arbeiter mit dem Weizen und den einschlägigen Bestimmungen dieser überaus schwierigen Materie vertraut zu machen. Als Referent hierzu hat sich Genosse Gräß zur Verfügung gestellt, der wohl einer der besten Sachkennner und vollstündigste Interpret auf diesem Gebiet ist. Den ersten dieser Vorträge hielt Genosse Gräß in einer im „Deutschen Kaiser“ abgehaltenen Versammlung über die Krankenversicherung. Er erläuterte eingehend die Grundlage des Geiezes, die einzelnen Arten der Krankenversicherung und die Wirkungen des Geiezes, sowie seine Reformbedürftigkeit. An einer Reihe von Beispielen, die oftmals von köstlichem Humor gewürzt waren, zeigte er, welche Pflichten die Arbeitgeber in der Krankenversicherung zu erfüllen haben, wie wenig sie aber oft mit den gesetzlichen Bestimmungen vertraut wären, was er durch zahlreiche Beweise aus seiner Praxis nachweisen konnte. Auch mit dem Weizen der Schwindelfassen machte er seine Zuhörer vertraut. Mancher Kollege wird durch solche Vorträge vor schweren Schädigungen gewissenloser Agenten bewahrt. Es zeigt sich auch hier, daß die Arbeiterbewegung ein mächtiger Kulturfaktor ist. Jedenfalls hat es noch keiner der dortigen Arbeiter bereut, der Organisation anzugehören. Sollen aber die Erfolge nicht verloren gehen, dann muß es jeder Kollege für seine heiligste Pflicht erachten, der Organisation treu zu bleiben und ihr neue Kämpfer zu gewinnen.

## Aus der Zement- und Ziegelindustrie.

### Konzentration in der Ziegelindustrie.

Der technische Fortschritt drängt auch die Entwicklung in der Ziegelindustrie in immer größerem Maße auf die Bahnen der Konzentration. Durch die ständig zunehmende Einfuhrung und Verbesserung der Maschinen und maschinellen Anlagen erfährt die Ziegelproduktion eine Steigerung, die den Verbrauch gewaltig übersteuert und eine Ueberproduktion zeitigt. Diese Ueberproduktion wird noch bedeutend verstärkt durch die stets steigende Verwendung von Kalksandsteinen, Zementsteinen, Beton und die dadurch bedingte Einschränkung des Abfallgebiets. Die Folge davon ist Preisrückgang, Schmutzkonzurrenz und Konkurrenzkampf, welcher letzterer sich meistens in nicht einwandfreien Formen bewegt.

Der Arbeitererschaft könnte dieser gegenseitige Aufreißungsprozess völlig gleichgültig sein, wenn sie dabei nicht stets der leidtragende Teil wäre. Aber jeder Preisrückgang, je sogar jede Absatzschwäche hat auch eine gewisse Rückwirkung auf die Arbeitslöhne; mit Rücksicht auf die „schlechten Zeiten“ werden dieselben heruntergesetzt oder doch ihre Steigerung verhindert. Das Risiko des Konkurrenzkampfes wird mithin zum erheblichen Teil auf die Arbeiter abgewälzt; den Ziegelbesitzern wird wohl auch der Gewinn auf ein gewisses Maß beschnitten, ohne Gewinn bleiben sie jedoch nie, die Folgen des Kampfes treffen bei ihnen nie den Magen, sondern nur den Geldsack. Das ist für die Ziegelbesitzer allerdings eine recht empfindliche Stelle, und es ist deshalb auch leicht verständlich, wenn sie Mittel und Wege suchen, um den ganzen Konkurrenzkampf mit all seinen Begleiterscheinungen auszuschalten.



Solche Mittel sind nun die Preiskonventionen und dann die Kartelle oder Syndikate. Die Preiskonventionen sind Vereinbarungen, denen zufolge bestimmte Waren nicht unter bestimmten Preisen verkauft werden dürfen. Diese Vereinbarungen lassen sich aber sehr leicht umgehen, indem den Käufern Vergünstigungen verschiedener Art eingeräumt werden. Der Ziegeleibesitzer, der seinen Ziegelvorrat unter allen Umständen absetzen will, kann wohl den vereinbarten Preis verlangen, er gewährt aber seinen Abnehmern einen bestimmten Rabatt oder bequemere Zahlungsbedingungen, so daß der eigentliche Zweck der Preiskonvention — die Schutzkonkurrenz zu beseitigen — vollständig illusorisch gemacht wird. Die Preiskonventionen kommen deshalb immer mehr in Mißkredit. An ihre Stelle treten die Syndikate, Kartelle oder Verkaufsvereinigungen mit ihren Zentralverkaufsstellen. Diese Verkaufsstellen erlebigen sämtliche kaufmännischen Geschäfte der dem Syndikat angeschlossenen Unternehmer. Sie nehmen die Aufträge entgegen, verteilen diese an die einzelnen Betriebe, erledigen die Kassegeschäfte, begleichen die Forderungen der Ziegeleibesitzer für gelieferte Waren, bestimmen die Preise und setzen die Gesamtproduktionsziffer fest, die dann prozentual, je nach der Leistungsfähigkeit, an die einzelnen Betriebe verteilt wird. Die Syndikate haben also die Aufgabe, die Ueberproduktion zu verhindern und dadurch die Warenpreise auf einer gemüßigenden Höhe zu halten. Der einzelne Ziegeleibesitzer verliert dadurch wohl das freie Verfügungsrecht über die Höhe der Produktion — er darf nur so viel produzieren, wie ihm zugeteilt ist —, gewinnt aber dafür die Garantie, einen annehmbaren Profit einheimen zu können.

Nach der Denkschrift über das Kartellwesen bestanden im Jahre 1904 in Deutschland 132 Ziegelesyndikate. Die bedeutendsten davon sind: das Königshe Ziegelesyndikat, das 1904 bei unbeschränkter Produktion 112 Millionen Ziegel herstellte, das Ziegelesyndikat für Hamburg und Umgegend, das im gleichen Jahre bei einer Produktionseinschränkung von 10 Prozent 338 Millionen Ziegel anfertigte, und das Rheinisch-westfälische Ziegelesyndikat in Dortmund, welches 1904 bei einer Produktionseinschränkung von 50 Prozent 596 Millionen Ziegel erzeugte. Das größte deutsche Ziegelesyndikat, das Berliner, war Ende des Jahres 1902 aufgelöst worden. In ihm waren 230 Ziegelwerke mit einer Gesamtjahresproduktion von 1 775 852 000 Ziegeln vereinigt. Von dieser Summe kamen auf den Bezirk Behdenitz 440 Millionen, Bezirk Plaue 177, Brandenburg 172, Mittenwalde 169, Herzfelde 162, Lehmin 161, Wusterhausen 156, Regin 145, Werder 132 und auf den Bezirk Klausdorf 57 Millionen. Für dieses Gebiet hat sich kürzlich wieder ein neues Syndikat gebildet, das voraussichtlich eine Gesamtjahresproduktion von 1 600 Millionen Ziegeln umfassen wird.

Obwohl diese Organisationsform den Ziegeleibesitzern höhere Warenpreise verschafft, so können diese doch nicht ins Angenehme gesteigert werden, sondern es müssen auch hier bestimmte Grenzen eingehalten werden. Werden diese Grenzen überschritten, so setzt sich der natürliche Regulator — die außerordentliche Konkurrenz — in Tätigkeit, um die übertriebene Steigerung aufzuhalten. So hat die Steigerung der Ziegepreise, die das Berliner Ziegelesyndikat in den Jahren 1897—1903 herbeiführte, bewirkt, daß der Berliner Baunmarkt von den Ziegeleien der Lausitz, ferner aus Dresden, Magdeleben, Steinf, Hamburg und aus der Uckermark mit Ziegeln überschwemmt wurde, was eine weitere Preissteigerung verhinderte. Außerdem bilden hohe Ziegepreise auch einen Anreiz zu neuer Konkurrenz, zur Errichtung von neuen Ziegeleien. Es ist auch damit zu rechnen, daß bei außerordentlich hohen Ziegepreisen Baugesellschaften oder einzelne Bauunternehmer Genossenschaftsziegeleien errichten, daß ferner das Konkurrenzmaterial, die Kalkhandsteine usw., auch mehr Boden gewinnt. Die Ziegepreise können sich mithin nicht auf längere Zeit erheblich über das allgemeine Preisniveau hinaus erheben; außergewöhnlich hohe Gewinne können weniger durch hohe Preise, als durch die Verbilligung der Produktionskosten erzielt werden. Die Ziegelesyndikate beschränken sich deshalb auch in neuerer Zeit nicht mehr auf die Beschränkung der Ueberproduktion und Erzielung angemessener Preise, sondern sie machen sich zur Aufgabe, durch die Verwirklichung der technischen Einrichtungen den Profit der Ziegeleibesitzer möglichst hoch zu schrauben. Zu diesem Zweck hat sich das neugegründete Berliner Ziegelesyndikat sogar die Aufgabe gestellt, die durch veraltete Einrichtungen herbeigeführte Ueberproduktion vollständig stillzulegen und die modernen, ergerichteten Betriebe voll auszunutzen.

Eine neue kaufmännische Organisationsform ist kürzlich am Niederrhein aufgetaucht. Die in den Bezirken Braucht, Brüggen, Kaldenkirch und Giltrath gelegenen 25 Dachziegeleifabriken sollen zu einer Aktien-gesellschaft zusammengelegt werden. Der Plan hierzu ist folgender: Die einzelnen Betriebe werden von einer Kommission nach ihrem Wert eingeschätzt und von der Gesellschaft erworben. Die Gesellschaft übernimmt die auf den Betrieben stehenden Hypothekenschulden, der Rest der Kaufpreissumme wird den Besitzern in Aktien ausgezahlt. Das erforderliche Betriebskapital in Höhe von einer Million Mark wird in Form eines Bankkredits annehmen. Jedem einzelnen Betriebe soll ein Direktor vorsehen, möglichst der jetzige Besitzer, während dem Gesamtunternehmen ein Generaldirektor vorseht. Die Jahresproduktion umfaßt bei 60 Arbeiter pro Betrieb 70 Millionen Ziegel. Um den Absatz zu fördern, sollen in allen bedeutenden Städten Vertretungen errichtet werden.

Der Zweck der Gesellschaft ist vor allem die Erzielung günstiger Verkaufspreise, dann die Befreiung von Steuern durch die Kaufkraft, die Ueberwindung der Beschränktheit der Konkurrenz, die Beseitigung der Konkurrenz, ferner der gemeinschaftliche Bezug von Rohstoffen, Holz, Lein, Gips, Glasurmaterial, Maschinen usw., Errichtung eigener Lagerhäuser, gemeinschaftliche Ausbeutung der Land- und Wasserwege, die Errichtung von Eisenbahnen und

andere Bindung mit der Möglichkeit der Erweiterung dieses Trustringes, geschaffen werden. Der Verkaufspreis soll pro 1000 Ziegel um 10 Mark erhöht werden, so daß bei einem Absatz von 70 Millionen jährlich 70 000 000 Mark Gewinn mehr erzielt wird als vorher. Bei dem vorgesehenen Aktienkapital von 4 1/2 Millionen Mark, wären das 15 1/2 Prozent Dividende, ohne den schon vorher erzielten Profit. Die Verhandlungen mit den einzelnen Besitzern haben bereits begonnen und soll gute Aussicht vorhanden sein, den vorgeschlagenen Plan zu verwirklichen. Wenn sich dabei auch manche Schwierigkeiten ergeben mögen, aber die Durchführbarkeit ist vorhanden. Auch die Erhöhung der Preise ist möglich, denn in der Dachziegeleifabrikation liegen die Verhältnisse wesentlich anders, als in der Mauerziegeleifabrikation. Die Konkurrenz ist hier weniger freizügig, da Dach- oder Ziegel nicht aus jedem Ton hergestellt werden können.

Diese Form der Vereinigung — die Bildung von Trustringen — wird ohne Zweifel bei den übrigen Tonindustriellen Nachahmung finden, sofern es die Verhältnisse ermöglichen. Es wird ja schon in dem vorliegenden Plan auf die „Erweiterung des Trustringes“ hingewiesen, ein Beweis, daß der Gedanke vorhanden ist, alle Dachziegelwerke Deutschlands der Gesellschaft anzugliedern. Damit entsteht für die Arbeiter eine neue Quelle der Ausbeutung. Vor allem wird die Freizügigkeit erheblich eingeschränkt werden. Arbeiter, die sich der Unternehmerwillkür nicht willig unterordnen, können mit Sicherheit auf eine Verweisung innerhalb der Grenzen des Trustringes oder des Syndikats rechnen. Ueberall wo der Verstoß am Arbeitsplatz, trifft er denselben Unternehmer und dieselbe Abweisung. Will er den Beruf nicht wechseln oder abwandern, so muß er von vornherein auf jedes Menschenrecht verzichten, muß mit allem zufrieden sein, was ihm die Herren diktieren. Die Arbeiter können aber aus der Quelle der Ausbeutung eine Quelle des Segens schaffen, wenn sie der Konzentration des Kapitals die Konzentration der Arbeitskraft entgegenstellen.

— Ein „gemüthlicher“ Ziegeleibesitzer.

Recht eigenartige Zustände scheinen in der Ziegelei des Herrn Walz in Speier zu herrschen. Wir können uns entsinnen, daß Herr Walz im Frühjahr einmal im Speierer Stadtrat sagte: „Im Sommer brauche ich die Arbeiter und im Winter brauchen sie mich.“ Diese Worte scheinen bei ihm aber nicht lange standgehalten zu haben. Denn als die rohen Steine gebrannt waren, wurden die Arbeiter sofort entlassen, trotzdem 14tägige Kündigung bestand. Mit den Worten: „Arbeit habe ich keine mehr“ glaubte er die Arbeiter abweisen zu können. Die Folge war, daß die Arbeiter an das Gewerbeamt gingen, um zu ihrem Rechte zu gelangen. Dabei muß es in Herrn Walz gedämmert haben, daß er sich im Unrecht befindet, denn er bestellte die Arbeiter wieder zum Weiterarbeiten. Er wies ihnen Arbeit an, und zwar solche, von der er wußte, daß die Arbeiter von selbst wieder fortlaufen. Er stellte sie nämlich an das Erdgraben. Dieses Geschäft liegt aber vollständig unter Wasser, so daß die Leute nicht arbeiten konnten. Sie hörten deshalb wieder auf. Das Geld für die beiden ersten gebrannten Tage sollten sie erst nach 14 Tagen erhalten. Dabei gab es eine Scene, die geradezu typisch ist für die Bildung des Herrn Walz den Arbeitern gegenüber. Als nämlich ein Arbeiter sein Geld holte, titulierte er ihn mit „Kojewort“, die nicht im „Kunigge“ stehen. „Du wärst, Gottel“, „Schwinder“, „Faulenzer“, „Lügner“ waren die Ausdrücke, mit denen er um sich warf. „Hinauswerfen“ und „auf die Baden schlagen“ waren die Drohungen, mit denen er fortgesetzt operierte. Und dies alles, weil Herr Walz den Lohn für zwei Tage zahlen mußte. Vorher wurde die dem Arbeiter stets gesagt, daß er fleißig und ordentlich sei und auf einmal dieser Umstimmung. Allerdings ist es immer so und braucht uns nicht weiter zu wundern. In dem Moment, wo der Arbeiter seinen Rechten Nachdruck verleiht, ist er für den Unternehmer ein Dorn im Auge. Ist die Organisation in diesem Betriebe auch noch nicht erstarrt, um diesem Gebaren ein Paroli zu bieten, so ist die Zeit doch nicht mehr allfern, wo dieses geschieht, trotz der Niedrigkeit, mit denen Herr Walz umgeben ist. Vor seinen Toren macht die Bewegung nicht halt und auch über den Erbbergs „Vorarbeiter“ Benz wird sie hinweggehen. Weil die Arbeiter bei ihm kein Bier tranken, erklärte er ihnen, sie sollten sich auch im Winter von dem Flaschenbierhändler Hoffmann Arbeit geben lassen. Also nicht nur über die Arbeitskraft will man Herr Walz, auch den Konium will man beschränken. Dabei spottet die Bezahlung in diesem Betriebe jeder Bezahlung. Auch dieser Herr wird sich wohl oder übel noch damit zufriedengeben müssen, daß in diesem Betriebe organisierte Arbeiter beschäftigt sind. Denn schließlich, daß dort, wo die Organisation Fuß gefaßt hat, auch geordnete Verhältnisse bestehen.

— Ein „gemüthlicher“ Ziegeleibesitzer. In der Schamettefabrik Lützen-Dierfeld herrschen immer noch eigenartige Verhältnisse. Die Entlohnung und noch mehr die Behandlung der Arbeiter bewegt sich hier in Formen, wie sie im allgemeinen nur in den Gegenden der ostelbischen Jünger üblich sind. Bei jeder Gelegenheit werden die Arbeiter mit „faules Vieh“ und ähnlich schönen Ausdrücken tituliert. Auch dem Direktor Müller, einem sehr gebildeten Herrn, sind diese Redensarten geläufig; es sollen dies die Erziehungseinrichtungen aus seinen Lehrentätigkeiten sein. Wir nehmen dies aber dem Herrn Direktor durchaus nicht krumm, denn die Lehren des Kaiserreichs sind für jeden „Patrioten“ unüberwindliches Gut. Hier liegt es nur an den Arbeitern, die sich bis heute noch nicht aufrufen konnten, um dem Herrn Direktor einmal den Beweis zu liefern, daß sie keine Rekruten und auch nicht auf dem Kaiserreich stehen. Die Antreiberer sieht in diesem Betriebe in üppiger Blüte. Den Arbeitern werden sojagene die Absätze von den Säeteln heruntergetrampt. Hauptächlich hat man es auf die älteren Arbeiter abgesehen; wie es scheint, will man diese hinausstrampeln, damit die jetzt beschäftigten jugendlichen Platz haben, denn diese Arbeiter arbeiten bekanntlich billiger. Die Schuld an allen diesen Verhältnissen liegt bei der Arbeiterlosigkeit selbst. Für den Verband sind viele unermesslich.

In der hiesigen Stärkefabrik scheinen die Herren die neuen Bestimmungen der Gewerbeordnung noch gar nicht zu kennen. Es wurde hier die Wahrschönung gemacht, daß die Arbeiterinnen die gesetzliche Arbeitszeit nicht einhalten und Sonntags noch gerade bis zur zehnten Stunde arbeiten, wie früher. Die Herren haben wohl Angst und denken, wenn sie die gesetzliche Arbeitszeit einführen, würden die Kolleginnen eine kleine Lohnzulage für ihren Lohnanspruch verlangen. Es scheint wenigstens so! Hier ergibt sich für die organisierten Kollegen der beiden Betriebe die ehrene Pflicht, nicht zu ruhen, bis auch der letzte Arbeiter den Weg zur Organisation gefunden hat. Je eher dies geschieht, um so eher können wir mit den Herren Unternehmern Traktat reden.

— Uim. In den Zement- und Steinfabriken von Uim und Umgebung sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse keineswegs so rosig wie allgemein angenommen wird. Die Zementindustrie verstehen es wohl, mit Hilfe des Wohlthätigkeitsvereins nach außen den Schein zu erwecken, als hätten die Arbeiter das Schicksal der ihnen gesunden. Es ist man sich aber die Arbeitsverhältnisse etwas genauer an, so kann man sich vom direkten Gegenteil überzeugen. Folgende Beispiele mögen hier als Beweis dienen: Bei der Firma Schwenk lag ein Vertrag, der jeder Arbeiter beim Eintritt des Arbeits-

unterzeichnen muß. Nach diesem Vertrag werden dem Arbeiter vom Arbeitslohn 30 Mark Kaution einbehalten. Die Kündigung des Arbeitsverhältnisses kann nur vom 1. Dezember bis 1. Januar eines jeden Jahres eingereicht werden. Wer das Arbeitsverhältnis in der übrigen Zeit des Jahres kündigt, geht seiner 30 Mark Kaution und außerdem auch seines sogenannten „Christkindchens“ (Wohlfahrtsgeldes) verlustig. Die Folge davon ist, daß die Arbeiter, wenn sie einmal unter das Joch geklopft sind, auch daselbst gedulbig weiter tragen müssen. Es ist den Arbeitern eben nicht möglich, mitten im Winter anderweitig Beschäftigung zu finden, Erparnisse können sie auch nicht machen, so daß die Kündigung zur verhängnisvollsten Zeit für die Arbeiter die größte Not zur Folge hätte. Eine Veränderung ist den Arbeitern also nur möglich, wenn sie die schwer erarbeiteten und entbehrten 30 Mk. opfern.

Bei der Firma Merlle in Ehrenstein sind ähnliche Zustände zu finden. Trifft ein Arbeiter hier in Beschäftigung, so wird ihm ein Schriftstück vorgelegt, das ihm unter anderem auch die Pflicht verbietet, eine Kaution von 6 Mk. zu hinterlegen. Um dem Arbeiter das Schließen dieser Pöle zu erleichtern, enthält das Schriftstück gleichzeitig eine Kellame der Wohlfahrtseinrichtung. In großen Lettern ist aufgedruckt, daß der Arbeiter monatlich zwei Mark Kaution erhält, die zu Weihnachten als „Christkindchen“ ausgezahlt wird. Dieses „Christkindchen“ von 24 Mk. ist natürlich bei einem Stundenlohn von 33 Pf. für manchen Arbeiter ein verlockender Gewinn, für den er alle Strapazen und Widerwärtigkeiten geduldig erträgt. Die Unternehmer sind sich dieser unwürdigen Behandlung wohl bewußt, denn die Arbeiterorganisationen fürchten sie wie das Feuer. Wie eifersüchtig die Herren darüber wachen, daß „ihre“ Arbeiter jeder Auskunft ferngehalten werden, zeigt folgender Fall:

Der Metallarbeiterverband wollte kürzlich einen Lichtbildervortrag in Ehrenstein abhalten, da dort auch eine Maschinenfabrik besteht. Der Vortrag hatte den Zweck, den Arbeitern bildlich die Umstände, sowie Unfallgefahren vorzuführen. Das ging natürlich den Zementgewerkschaften über den Strich, und Kommerziant Schwenk, der in Herdingen eine elektrische Zentrale besitzt, nahm dem Inhaber der Versammlungskolale „Zur Ritterburg“ einfach das Licht weg. Als dann der Metallarbeiterverband sein Licht selbst mitbrachte, setzte Kommerziant Schwenk alle Hebel in Bewegung, um den Lichtbildervortrag illusorisch zu machen. Wer alle kommerziantlichen Bemühungen waren vergeblich, der Vortrag fand statt. Dank dieser Bevormundungsversuche macht die Organisation in Ehrenstein gute Fortschritte. An den Arbeitern der Ehrensteiner Zement-, Stein- und Papierfabriken wird es nun liegen, das Angefangene zu vollenden, ihre Organisation immer mehr zu stärken, damit in absehbarer Zeit mit den rückständigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen dieser Betriebe ausgeräumt werden kann. Fort mit der Wohlfahrtspolizei, fort mit den „Christkindchen“, fort mit den rigorosen Arbeitsverträgen und her mit einem redlichen Lohn für unsere redliche Arbeit. Das sei unsere Parole! Vereinter Kraft gar oft gelingt, was einer nie zustande bringt.

Eingegangene Schriften.

„Die Arbeiterfrage“ von F. A. Lange. Mit Einleitung und Anmerkungen herausgegeben von Fr. Mehring. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Broschüriert 1,50 Mk., gebunden 2 Mk.

Der vorliegenden Ausgabe ist die erste Auflage des Langeschen Buches zugrunde gelegt. Der Herausgeber hat diese erste Ausgabe deshalb gewählt, weil sie am engsten mit den Anfängen der deutschen Sozialdemokratie zusammenhängt und das Bild Langes am treuesten wieder spiegelt und weil in ihr das Wesentliche zusammengefaßt ist, was Lange als Sozialpolitiker zu sagen hatte. Obwohl Langes Buch niemals von entscheidendem Einfluß auf den Gang der deutschen Arbeiterbewegung gewesen ist, und trotzdem Lange nie den Boden der bürgerlichen Gesellschaft verlassen hat, sichert ihm doch seine Tätigkeit in der deutschen Arbeiterbewegung in den sechziger und siebenziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ein ehrenvolles Andenken in der deutschen Arbeiterklasse. Aus diesen und anderen Gründen erziehen die Aufnahme der Schrift in den „Sozialistischen Neudruck“ geboten.

Bei dieser Gelegenheit sei auch auf die früher im Rahmen der „Sozialistischen Neudrucke“ erschienenen Schriften erneut hingewiesen.

Sozialismus und Genossenschaftsbewegung von Gertrud David. Verlag Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW 68. Preis 1 Mk. Vollausgabe 40 Pf.

Aus dem Inhalt erwähnen wir folgende Kapitelüberschriften: Der Sozialisierungsprozeß der Gesellschaft. — Der Genossenschaftsbegriff in der Geschichte des Sozialismus. — Die Produktivgenossenschaft. — Die Konsumgenossenschaft. — Die landwirtschaftlichen Genossenschaften. — Beziehungen zu den andern Gliedern der Arbeiterbewegung.

Die Broschüre ist durch alle Buchhandlungen, Expediteure und Kolporteurs zu beziehen.

Die Finanzreform von 1909 und die Parteien des Reichstages. Herausgegeben vom sozialdemokratischen Parteivorstand. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Leinenband 5 Mk. Der Verfasser legt zunächst die grundsätzlichen gesetzlichen Bestimmungen des Reichsfinanzgesetzes dar, bespricht dann kritisch mit der Regierungsvorlage zur Finanzreform des Vorjahres und behandelt weiter in ausführlichen Darlegungen an der Hand der amtlichen Protokolle die Stellungnahme der politischen Parteien des Reichstages zu dieser Vorlage.

Somit namentliche Bestimmungen vorgekommen wurden, ist nachgewiesen, wie die einzelnen Abgeordneten gestimmt haben.

Im bevorstehenden Wahlkampf wird das Werk jeder allen Politikern wichtiges Material zur Beurteilung der gegenwärtigen Steuererhebung liefern.

Von allen Buchhandlungen zu beziehen.

Der Deutsche Bannkrieg von Friedrich Engels. Mit Einleitung und Anmerkungen. Preis broschüriert 1,50 Mk., gebunden 2 Mk.

Garantien der Harmonie und Freiheit von Wilhelm Weitling. Mit einer biographischen Einleitung und Anmerkungen. Preis broschüriert 2,50 Mk., gebunden 3 Mk.

Gesammelte Schriften von Wilhelm Wolff nebst einer Biographie Wolffs von Friedrich Engels. Mit Einleitung und Anmerkungen. Preis broschüriert 1,50 Mk., gebunden 2 Mk.

Wer näheres über die sozialistischen Neudrucke erfahren will, verlange die kostenlose Zusendung eines Prospektes vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Die Schriften sind durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

In Freien Stunden. Eine Wochenchrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Die Heft 38 und 39 sind erschienen. Jede Woche erscheint ein Heft zum Preise von 10 Pf. Probennummern kostenlos vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.

Das Fortbildungsschulwesen von Julius Bruhns herausgegebenen kommunalpolitischen Abhandlungen im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Preis 1 Mk. Agitationsausgabe 50 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs.

Der in seinem 35. Jahrgang vorliegende „Neue Welt-Kalender“ für das Jahr 1911 (Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Uer u. Co. in Hamburg) ist erschienen.

Hinderlegen und kein Ende? Von Dr. Frig Brubacher in Zürich. Neue und vermehrte Ausgabe, Preis 50 Pf., Verlag U. Uer u. Co. in Hamburg.